

Video: Barino im WDR – Sündenbock Islam?



Eine

hochinteressante TV-Diskussion mit spannender Zusammensetzung fand [heute Mittag im WDR](#) statt. Die beiden Islam-Aussteiger Barino Barsoum und Hamed Abdel-Samed trafen auf den hartnäckigen Islam-Verharmloser Kay Sokolowsky („Feindbild Moslem“) und zwei sogenannte „moderate“ Muslimas.

Hilal Sezgin, die Tochter von zwei Islamwissenschaftlern ist, versucht, die radikalen Botschaften des Koran auszublenden und dagegen „wunderbar erhebende und multikulturelle“ Verse hervorzuheben. Zusammen mit Nasr Hamid Abu Zaid, einem liberalen Denker im Islam, der nach Morddrohungen in seiner ägyptischen Heimat im niederländischen Exil lebt, hat sie das Buch „Mohammed und die Zeichen Gottes – Der Koran und die Zukunft des Islam“ geschrieben.

Während Barino Barsoum und Hamed Abdel-Samed tiefe Einblicke in die dunkle Welt des Islam gaben, fielen die Mundwinkel von Lamy Kaddor immer weiter herunter. Die Religionspädagogin und Lehrerin für Islamkunde behauptete, dass der Koran nicht wörtlich gelesen werden müsse. Wer anders denke, sei radikal. Hochinteressant. Dass sie sich damit gegen das Fundament des Islam stellt, der Koran sei Allahs zeitlos gültiges Wort, ignoriert sie dabei offensichtlich. Lamy Kaddor gab vor, in einer absolut moderaten islamischen Welt zu leben, und alle Muslime um sie herum seien genauso. Hier scheint wohl noch

jemand entgegen aller Fakten dem Islam ein harmloses Mäntelchen umhängen zu wollen.

Kay Sokolowsky lieferte mal wieder eine seiner bekannten unsachlichen Tiraden ab: Der Islam würde nur kritisiert, weil Muslime aus dem Ausland kämen, und Islamkritiker seien eben pauschale Ausländerhasser. Ihnen ginge es eigentlich gar nicht um den Islam. In dieser Runde kam er allerdings nicht besonders weit mit seiner abstrusen Meinung. Diese Diskussion dürfte ein weiterer wichtiger Schritt zur Etablierung der Islamkritik in der Öffentlichkeit sein.

(Text: byzanz)

Lebendig begrabenes Mädchen: Kein Ehrenmord!

☒ Im Falle des lebendig begrabenen 16-jährigen türkischen Mädchens Medine Memi, deren Leiche Ende letzten Jahres in einem Schacht hinter ihrem Elternhaus gefunden wurde ([PI berichtete](#)), liegt kein „Ehren“mord, sondern „behördliches Versagen“ vor. Mit dieser Theorie belehrt uns Thomas Seibert von den Nürnberger Nachrichten.

Der Qualitätsjournalist [schreibt](#):

Der Fall eines lebendig begrabenen Mädchens sorgt in der Türkei für reichlich Wirbel. Wie sich nun herausstellt, lag kein klassischer «Ehrenmord» vor – vielmehr waren offenbar

untätige Polizisten schuld am Tod der 16-jährigen Medine.

In der türkischen Presse sorgt der Fall von Medine Memi (16) aus dem ostanatolischen Kahta seit Tagen für Schlagzeilen. Ihre Leiche war Ende letzten Jahres in einem Schacht hinter ihrem Elternhaus gefunden worden. Medine war unter der Erde qualvoll erstickt oder verhungert.

Schnell verbreitete sich der Verdacht, sie sei umgebracht worden, weil sie mit fremden Männern gesprochen habe und damit angeblich die Familienehre befleckte. Ein typischer «Ehrenmord» also, so schien es. Doch der Fall lag offenbar anders. Mit archaischen Vorstellungen von Familienehre hatte der Mord an Medine nichts zu tun: Sie musste vielmehr sterben, weil sie sich wegen der Brutalität ihres Großvaters und dessen illegaler Aktivitäten an die Polizei gewandt hatte – und den Fehler beging, auf den Schutz durch die Behörden zu vertrauen.

(...)

Bewohner des Landkreises zeigen sich angesichts des Verbrechens und der Schlagzeilen vom angeblichen «Ehrenmord» geschockt. Seit Jahren habe es keinen «Ehrenmord» mehr in der Gegend gegeben, zitiert die Zeitung Milliyet einige Bürger in Kahta. Die türkische Öffentlichkeit reagiert sensibel auf Berichte über angebliche Ehrenverbrechen, die viele Türken als Symbol von Rückständigkeit und Brutalität beurteilen.

Auch in Deutschland wird das Etikett des «Ehrenmordes» laut einer Studie der Universität Freiburg häufig vorschnell und zu Unrecht verwendet.

Peanuts eben...

» Email an die Nürnber. Nachrichten: nn-leserbriefe@pressenetz.de

(Spürnase: Florian G. / Foto oben: Fethi Memi, der seine Tochter Medine lebendig begrub)

Linksradikale Krawalle in Zürich



Letzte Nacht trafen sich rund 1000 Linke zu einer unbewilligten Demonstration – offenbar gegen den Kapitalismus – in der Nähe des Zürcher Hauptbahnhofs. Die Polizei spricht von einem „äußerst militanten Demozug“. Von den Teilnehmern zogen rund 100 linksradikale Chaoten randalierend durch die Stadt. Unterwegs versprayten sie mehrere Autos und Fassaden. Außerdem schlugen sie Fensterscheiben von Fahrzeugen, Geschäften und Restaurants ein, bis sie vor der Innenstadt an der Stauffacherbrücke von den durch die Krawalle überraschten Polizeibeamten aufgehalten werden konnten.

[20 Minuten schreibt:](#)

Bei der Stauffacherbrücke kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Demonstrierenden und der Stadtpolizei. Mit Steinen, Flaschen und anderen Gegenständen bewarfen die Demonstrierenden die Polizisten. Diese setzten Gummischrot und Tränengas ein.

Damit habe verhindert werden können, dass die Demonstranten in die Innenstadt vordringen konnten, schrieb die Polizei. ...

Worum es den Demonstranten ging, ist nicht klar. Laut Cortesi

fanden sich zahlreiche Sprayereien mit Bezug aufs Weltwirtschaftsforum WEF, den 1. Mai und den Kapitalismus generell.

Antikapitalismus mit allen Mitteln liegt ja auch auf höherer politischer Ebene voll im Trend.

Adolf Hitler, Gesandter Allahs



Der amerikanische Historiker Jeffrey Herf untersucht in seinem neuen Buch „[Nazi Propaganda for the Arab World](#)“ die schon länger bekannte Verbindung zwischen Palästinensern und dem Dritten Reich (PI berichtete [erst kürzlich](#)). Die Palästinenser, die bei der modernen Staatengründung Israels behaupteten, sie müssten für etwas „büßen“, was in Wirklichkeit andere – nämlich die Nazis – begangen hatten, waren durchaus nicht so unschuldig am Holocaust, wie sie es in der Pallywood-Propaganda gerne darstellen. Sie sahen in Adolf Hitler während der Nazizeit den Gesandten, der ihnen die Befreiung von den Juden bringt.

[Die Welt schreibt:](#)

1933 gratulierte der Führer der palästinensisch-arabischen

Nationalbewegung, Haj Amin al-Husseini, Hitler zur Machtergreifung und schrieb, er hoffe, dass nazistische Regierungen überall auf der Welt gedeihen würden. Während des arabischen Aufstands unterstützte Nazi-Deutschland (wie auch das faschistische Italien) die Aufständischen politisch, propagandistisch, offenbar auch mit Geld (und vielleicht einigen Waffen).

Und nach der Niederschlagung der Revolte (und eines weiteren anti-britischen Aufstands in Bagdad, an dem sie beteiligt waren) fanden Husseini und einige seiner Berater Zuflucht in Berlin, wo ihnen das Hitler-Regime ein monatliches Gehalt zahlte.

Im Gegenzug reiste Husseini auf den Balkan, wo er muslimische Soldaten für die Wehrmacht rekrutierte und im Rundfunk zum anti-britischen (und anti-jüdischen) Dschihad im Nahen Osten aufrief. Husseini schrieb auch an europäische Staatschefs (in Ungarn, Italien etc.) und bat sie, jüdische Gruppen an der Emigration aus Europa zu hindern, wodurch er sie letzten Endes dann in Hitlers Gaskammern schickte ...

Im jetzt bei Yale University Press erschienenen Buch „Nazi Propaganda for the Arab World“ (352 S., ca. 30 \$) beschreibt der amerikanische Historiker Jeffrey Herf im Detail die Berliner Propaganda im Nahen Osten während des Zweiten Weltkriegs. ...

Die Propagandisten aus Berlin beschimpften die Juden als Schädlinge für die Menschheit; Briten, Amerikaner und Russen wurden als jüdische Agenten über einen Kamm geschoren. Im Nahen Osten wurde die Botschaft geschluckt und fügte der ursprünglichen islamischen Judäophobie, die, wie im Koran überliefert, von der Zurückweisung Mohammeds und des Islam durch jüdischen Stämme im Arabien des 7. Jahrhunderts ausgelöst worden war, eine neue Ebene hinzu. ...

Die Nazi-Sendungen betonten stets die gemeinsame

Feindseligkeit gegen die Juden, oft zitierten sie den Koranvers: „Wahrlich, du wirst finden, dass unter allen Menschen die Juden den Gläubigen am meisten Feind sind.“ Als Husseini im November 1941 nach Berlin kam, traf er mit Ribbentrop und dann mit Hitler zusammen. Er sagte, dass „die Araber natürliche Freunde Deutschlands seien, weil sie drei gemeinsame Feinde bekämpfen: Die Engländer, die Juden und den Bolschewismus.“

Am 19. Dezember hielt Husseini anlässlich der feierlichen Eröffnung des Islamischen Instituts in Berlin eine Rede. Sie sollte in der Arabischen Welt wiederholt ausgestrahlt werden. „Unter denen, die die Muslime am meisten hassen ... sind die Juden ... Sie lassen nie von ihrer Politik der Intrige und des Übelwollens. Sie verspritzen ihr Gift in den islamischen Ländern ... Anlässlich des (anglo-amerikanischen) Nordafrika-Feldzugs, hat ihr Führer (Chaim) Weizmann erklärt, Algerien werde als Brücke zwei jüdische Zentren verbinden, New York und Jerusalem ... Der Koran sagt, sie befeuern den Kessel des Krieges und bringen der Erde Verderben ... Dieser Krieg ist ein jüdischer Krieg ... Die Juden haben ihren Einfluss auf Großbritannien ausgedehnt. Sie beherrschen Amerika. Die Juden stecken hinter dem zerstörerischen und atheistischen Kommunismus“. ...

Husseini sendete am 1. März 1944: „Erhebt euch. Erhebt euch wie ein Mann für eure geheiligten Rechte. Tötet die Juden, wo immer ihr sie findet. Das gefällt Gott, Geschichte und Religion.“ Seine Mindestforderung war die Vertreibung der Juden aus „allen arabischen und muslimischen Ländern. „Scheut keine Anstrengung, sodass nicht ein einziger Jude ... in den arabischen Ländern bleibt“, mahnte er. ...

Ein amerikanischer Diplomat, der am 30. Oktober aus Dschidda berichtete, zitierte den saudischen König Abdul Aziz ibn Saud mit den Worten: „Die Juden ... sind eine gefährliche ... Rasse ... Wir Muslime ... hassen sie ... Unser Hass auf diese sündige und böse Rasse wächst Tag für Tag, bis es unser einziges Streben

ist, sie alle zu erschlagen ... Wir Muslime werden kämpfen und sie abschlachten, bis wir sie von unserem Land vertrieben haben. Allah sei Dank haben wir keine Juden in unserem Königreich, und nie werden wir einem Juden gestatten, es zu betreten ...“

In seinem Buch untersucht Herf die Schriften Said Qutbs aus den späten Vierziger und Fünfziger Jahren, eines ägyptischen Theologen, der heute als al-Qaidas geistiger Pate gilt. Herf sieht ihn als Bindeglied zwischen der Nazi-Husseini-Kriegspropaganda und dem islamistischen Antisemitismus der Gegenwart. Qutb stellte die Juden als auf die Vernichtung des Islam Versessene dar.

*Die Verbindung, die er herstellte, passt in eine Nussschale: „Die Juden kehrten zum Bösen zurück ... die Muslime vertrieben sie von der Arabischen Halbinsel ... Die Juden kehrten abermals zum Bösen zurück ... **dann schickte Allah Hitler, sie zu beherrschen** (!!). Und heute sind die Juden einmal mehr zum Bösen zurückgekehrt, in Gestalt ‚Israels‘, das die Araber ... Weh und Sorge hat schmecken lassen.“ Also werde Allah ihnen, schrieb er, bald „die schlimmste Strafe zumessen.“*

Allah schickte „Hitler um die Juden zu beherrschen“ – da erzähle noch einmal jemand was von islamischem Frieden.

(Spürnase: Traurig)



Pat Condell über die Richter von Amsterdam



Mit Geert Wilders steht in den Niederlanden die Meinungsfreiheit vor Gericht ([PI berichtete](#)). Die Amsterdamer Richter verfolgen einen Abgeordneten ihres eigenen Landes dafür, dass er peinlicherweise die unbequeme Wahrheit ausspricht, entlarvt Pat Condell in seinem neusten Videobeitrag. Die ganze Klage gegen Wilders ist im Grunde eine reine – fast schon religiös motivierte – Schikane.

Inhaltlich ist Wilders mit rechtsstaatlichen Mitteln nichts entgegenzusetzen, außer man wendet diktatorische Methoden im Mugabe-Stil an. Was Wilders sagt, ist wahr, aber das spielt keine Rolle. Die Wahrheit ist zu „aufhetzend“ und darum illegal. Die Wahrheit ist gegen das Gesetz, was nur bedeuten kann, dass mit dem Gesetz etwas nicht stimmt. Es hat seinen Anker verloren und dreht sich nach dem politischen Wind.

Die Multikulti-Seifenbalse, auf die sich das Amsterdamer Gericht beruft, ist schon längst geplatzt als Pim Fortuyn und Theo van Gogh um der Meinungsfreiheit willen ermordet wurden, trotz der sogenannt freiheitlichen Gesellschaft. Die Fratze des Multikulturalismus hat darin ihr wahres Gesicht gezeigt. Ein Gesicht, das das Volk erkannt hat und darum Wilders' Partei unterstützt. Islamkritiker werden von den Regierungen und Medien hingegen erst betrauert und unterstützt, wenn sie tot sind. Aber aus ihrem Tod zieht niemand Konsequenzen, sonst wäre Amsterdam vielleicht heute noch, was es einst war und der

Islam kein so immenses Problem, nicht nur in den Niederlanden, sondern insbesondere auch in Großbritannien und in ganz Europa.

Eine Gesellschaft, die freie Meinungsäußerung fürchtet, ist zutiefst unehrlich, rückgratlos und verrottet – genau in diesem Stadium befinden wir uns jetzt. Es steht zu viel auf dem Spiel, als dass wir jetzt schweigen dürften. Schande über die verdrehten Richter von Amsterdam!

Ethnische Europäer: Menschen zweiter Klasse?



Die Unzufriedenheit der Menschen in Westeuropa wächst deutlich spürbar. Der europäische Durchschnittsmichel ist grundsätzlich ein sehr geduldiger Mensch. Die entscheidende Frage ist: Wie lange noch? Der Bestsellerautor [Udo Ulfkotte](#) hat in einem Bericht die Mißstände erneut aufgezeigt.

[Kopp-Exklusiv](#) berichtet:

Überall in Europa sind Europäer inzwischen Menschen zweiter Klasse. Zeitgleich sprechen immer mehr europäische Richter Urteile im Namen, aber ohne Rückendeckung des Volkes.

Da hat der 25 Jahre alte muslimische Mitbürger Shamsó Miah in

Großbritannien nicht in einer Schlange vor einem Bankschalter der Lloyds-Bank anstehen wollen, drängelte sich frech vor. Er kam gerade aus der Moschee und hatte es eilig. Einem Briten, der ihn höflich auf sein unkonventionelles und rücksichtsloses Verhalten ansprach, zertrümmerte er mit seiner Faust die Kieferknochen. Die Richterin, die vor wenigen Tagen über den Fall zu urteilen hatte, heißt Cherie Blair. Sie ist die Ehefrau des früheren britischen Premierministers Tony Blair. Und Cherie Blair ließ den Mann, der zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war (!), mit einer Ermahnung laufen. Und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, dass er ja ein religiöser Muslim sei. Religiöse Muslime, so die Richterin, genießen in Europa Sonderrechte. Cherie Blair sagte allen Ernstes bei der Urteilsverkündung: »You are a religious man and you know this is not acceptable behaviour.« (Etwa: »Sie sind ein Mensch mit religiösen Grundüberzeugungen und wissen auch so, dass Ihr Verhalten unakzeptabel ist.«)

Das Opfer des brutalen Schlägers versteht unterdessen die Welt nicht mehr. Vier Wochen lang konnte der Mann nach dem Kieferbruch nur Suppe essen, sechs Wochen konnte er nicht zur Arbeit gehen. 200 Pfund Strafe muss der Täter nun an die Staatskasse zahlen – das sind umgerechnet 228 Euro. Stellen Sie sich einmal vor, ein ethnischer Brite würde einem zugewanderten Muslim mit Faustschlägen einfach so den Kiefer brechen. Glauben Sie allen Ernstes, der Täter würde dann mit 228 Euro Strafe davonkommen?

Wer möchte, kann [hier](#) weiterlesen...

Paris: Postraub mit Burka-Verkleidung



Noch während in Frankreich das Burkaverbot verhandelt wird, ist ein weiterer Grund aufgetaucht, die Vollverschleierung zu untersagen: Zwei bewaffnete, in Burkas gehüllte Männer haben eine Post in Athis-Mons südlich von Paris [ausgeraubt](#) und dabei knapp 4500 Euro erbeutet. Dank der Schleier hatten die Räuber keine Probleme, die Poststelle mit ihren Waffen zu betreten. Was sich unter den langen Gewändern so alles verbergen lässt, ist ja bekannt.

(Spürnase: HKLV)

Christen stören islamischen Religionsfrieden



Die erste große Podiumsdiskussion des neu gegründeten Rates der Religionen in Frankfurt verlief wohl etwas anders als ursprünglich von den Veranstaltern geplant. Die auf dem Podium agierenden Diskutanten waren vorgestellt und wollten gerade mit dem thematischen Teil beginnen, als etwa zehn koptische Christen sich von ihren Plätzen erhoben und Transparente mit grausamen Bildern der Opfer des Attentates auf einen Weihnachtsgottesdienst am 6. Januar 2010 in der oberägyptischen Stadt Nag Hammadi ausrollten.

(Bericht eines Teilnehmers zur ersten Podiumsdiskussion des Rates der Religionen in Frankfurt)

Darauf zu lesen waren Appelle wie „Rettet die Christen in Ägypten“, „Stoppt die islamischen Fanatiker“, „Gewalt gegen Christen: heute in Ägypten – morgen in Deutschland?“. Ein Sprecher der Gruppe bat um 5 Minuten Redezeit für die Verlesung einer [Erklärung zur dramatischen Situation der verfolgten Christen in Ägypten](#).

Dieser Bitte wurde jedoch – trotz Protesten aus Reihen der Zuhörerschaft – von Seiten des Vorsitzenden des Rates, Herrn Athenagoras Ziliaskopoulos (Bischöflicher Vikar der Griechisch-Orthodoxen Kirche) unter Verweis, dies jedoch gerne im Rahmen der offenen Diskussion nach Abschluss des Podiums tun zu dürfen, nicht stattgegeben.

Anstatt sich mit den in Ägypten leidenden Christen solidarisch zu zeigen und diesen die Gelegenheit zu gewähren, sich vor Repräsentanten aus Politik, Religionsgemeinschaften, Medien

und der Gesellschaft mit ihrem dringenden Anliegen Gehör zu verschaffen, bückte er die Kopten unter Anrufung des Namens Gottes (!) ab und gab dem geplanten Verlauf der Veranstaltung den Vorrang. Wenn Glaube stört – die erste Nagelprobe zum Thema hat der Rat der Religionen in Frankfurt nicht bestanden und es vorgezogen, sich nicht stören zu lassen.

Ein zunächst sichtlich irritierter und nach Fassung ringender Klaus Hofmeister vom Hessischen Rundfunk übernahm die Moderation des Podiums und eröffnete, indem er Hessens Justiz- und Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn Gelegenheit für ein längeres Statement zum aktuellen Stand seiner Integrationsbemühungen gab.

Erwähnenswert dessen Äußerungen zur geplanten Einführung des Islamunterrichtes an Hessischen Schulen, in denen er auf den vermeintlichen Widerspruch zwischen Trennung von Kirche und Staat einerseits und dem Verfassungsauftrag der Kirchen für einen staatlich geregelten Religionsunterricht andererseits einging.

Seine These: diese Regelung resultiere aus der Auffassung, dass ja Religion im Allgemeinen für unser Gemeinwesen förderlich sei. Und da man lange genug die christlichen und jüdischen Gemeinschaften privilegiert habe, müsse man die Ausübung dieses Auftrages nun auch endlich dem Islam gewähren. Leider mangelte es dem hessischen Justizminister hier an der Einsicht, dass unsere Verfassungsväter sicherlich nicht im Traum daran gedacht hatten, dass eine selbst mit den grundlegenden Menschenrechten nicht kompatible Politreligion wie der Islam einmal in unserem Land an Einfluss gewinnen könnte. Auch dass in der Präambel zum Grundgesetz zweifelsfrei auf den Gott der Bibel Bezug genommen wird, ließ er wohlweislich außer acht, ebenso dass sich die im BGB verankerten Werte eindeutig aus den jüdisch-christlichen Wurzeln ableiteten.

Im Anschluss an viele Worthülsen und ein bisschen Zeigefinger

in Richtung der Türkei, dass kein Staat dieser Welt Einfluss auf die bildungspolitischen Entscheidungen hierzulande ausüben dürfe, kamen drei auf dem Podium vertretene Repräsentanten des Judentums, der Sikh-Religion sowie dem Islam zu Wort, um davon zu berichten, wie sie religiöse Diskriminierung im Alltag erleben.

Am authentischsten wirkte dabei Esther Ellrodt-Freimann, die jahrzehntlang unter Polizeischutz im Kindergarten der Jüdischen Gemeinde Frankfurt arbeitete. Sie berichtete von ihren Erfahrungen dort wie auch aus dem Privatleben ihrer Familie. Die Gelegenheit, Stellung zum neuen Antisemitismus in Europa und seinen Quellen zu beziehen, ließ sie jedoch aus. Oder einmal zu konstatieren, dass es nicht 10.000 deutsche Neonazis waren, die vor ziemlich genau einem Jahr antiisraelische und judenfeindliche Parolen grölend durch Düsseldorf zogen. Was die Polizei bekanntermaßen dazu veranlasste, mit Gewalt eine israelische Fahne von einem Gebäude zu entfernen anstatt dem Mob Einhalt zu gebieten.

Während der Beitrag des Ethnologen Kushwanth Singh humorvoll und ohne viel Selbstmitleid vorgetragen mitunter Heiterkeit im Saal auslöste; war der Bericht der Vorzeige-Muslima von Herrn Kaymakci, Naime Cakir so herzerreißend, dass einige – taqiyya-unerfahrene – Zuhörer mit den Tränen kämpfen mussten.

Sie trage kein Kopftuch mehr, weil sie der Opferrolle entfliehen wollte. Aha, so ist das also: in unserer Gesellschaft wird Frau zum Opfer, wenn sie ein Kopftuch trägt. Dass es in nicht gerade wenigen islamischen Ländern Usus ist, Frauen ohne Kopftuch die Kehle zu durchschneiden, übersah Frau Cakir geflissentlich.

Stattdessen führte sie weiter intime Details aus ihrem Privatleben aus: Von ihrem Mann, der sie religiösen Regeln unterwerfen wollte, habe sie sich deshalb scheiden lassen. Dass sie froh sein kann, diesen Schritt überlebt zu haben und nicht ehrenhalber dahingemordet worden zu sein, erwähnte sie

natürlich nicht. Und dass erst vor wenigen Tagen eine Frau in Schlüchtern in vergleichbarer Situation deutlich weniger Glück hatte schien auch im Publikum die wenigsten zu kümmern.

Zur Gleichberechtigung von Mann und Frau im Islam merkte Frau Cakir dann noch an, dass der Koran im öffentlichen Diskurs immer einseitig zitiert würde, sprich die für die Frauen nachteiligen Suren. Allerdings wollte beziehungsweise konnte sie ihre Auffassung, im Islam sei die Gleichberechtigung der Geschlechter sehr wohl gegeben, nicht mit der Angabe einer Sure belegen.

Eine nicht ganz uninteressante Frage warf Naime Cakir noch in den Raum, leider jedoch nur rhetorisch: „Inwieweit kann sich der Islam in einem Rechtsstaat etablieren?“ Die passende Antwort durfte sich also jeder Zuhörer selbst geben.

Dann kam noch einmal der hessische Justizminister zum Zuge. Zuerst äußerte er, dass „der Staat sich nicht in die inneren Angelegenheiten einer Religion einmischen darf“. Warum der Staat genau dies jedoch im Falle von „Scientology“ und anderen Religionsgemeinschaften mit verfassungsfeindlichem Hintergrund tut? Das hat Herr Hahn wohl noch nicht ganz zu Ende gedacht – oder verfügt der Islam alleine aufgrund des Status als „Weltreligion“ über einen Freibrief?

Auf das angestrebte Burkaverbot in Frankreich angesprochen und ob dies ein „Thema“ in Deutschland sei, erwiderte Herr Hahn allen Ernstes, er höre von dieser Frage gerade zum ersten Mal. Entweder war dies eine Schutzbehauptung, um sich nicht zum Thema äußern zu müssen. Oder aber der hessische Justizminister hat ein Informationsdefizit, da die entsprechenden Meldungen es selbst in den Mainstream-Medien relativ weit nach vorne in die Schlagzeilen schafften.

Nach dem Einwurf des Moderators, dies betreffe zur Zeit ohnehin maximal 200 Frauen in Deutschland, schob Herr Hahn schnell nach, dass er darin auch „eigentlich gar kein Problem“

sehen könne. Einmal ganz abgesehen davon, dass es vollkommen egal ist, wie viele oder wie wenige Frauen aktuell davon betroffen sind: Jede Frau, die in einer Burka eingesperrt ist, ist eine zuviel! Aber ganz so liberal ist Herr Hahn dann offensichtlich doch nicht, wie seine Parteizugehörigkeit vermuten lässt, sonst wäre ihm dieses Licht wohl von alleine aufgegangen.

Abschließend ließ sich Jörg-Uwe Hahn noch zu der Behauptung verleiten „Migranten können an der gesellschaftlichen Entwicklung nicht teilnehmen“ und damit müsse jetzt endlich Schluss sein. Denkt man an all die wunderbar integrierten und in unserer Gesellschaft hervorragend etablierten Italiener, Spanier, Griechen, Koreaner (oder woher sie auch alle kommen) wird schnell klar, was Herr Hahn nicht wahrhaben will: dass es eine Gruppe von Migranten gibt, die überhaupt kein Interesse daran haben, an unserer gesellschaftlichen Entwicklung teilzunehmen.

Diese von Herrn Hahn aufgestellte These versuchte rasch der Ethnologe Singh zu untermauern und führte eine europäische Studie ins Feld, die zu dem Ergebnis kam, dass die Identifikation von Migranten mit dem Nationalstaat in Deutschland am geringsten ausgeprägt sei, nur etwa elf Prozent könnten sich dort mit dem Staat beziehungsweise seinen Werten identifizieren. England dagegen läge hier mit einer Quote von über 70 Prozent als leuchtendes Beispiel an der Spitze in Europa.

Man muss Herrn Singh geradezu dankbar sein, dass er nicht vergaß, den Titel dieser Studie zu erwähnen: „Muslims in Europe“. Hätte er es nicht getan, wir könnten uns nicht erklären, wieso wir von unseren oben bereits angeführten Mitbürgern mit Migrationshintergrund immer wieder erzählt bekommen, wie stolz und dankbar sie darüber sind, hier in Deutschland leben zu dürfen.

Hingegen vergaß Herr Singh zu erläutern, weshalb Muslime sich

auf der Insel so pudelwohl fühlen: Die Scharia ist bereits parallel zur rechtsstaatlichen Gerichtsbarkeit eingeführt, christliche Symbole sind weitestgehend aus der Öffentlichkeit verbannt, Christen verlieren ihren Job weil sie ein Kreuz tragen oder als Krankenschwester mit einem Patienten beten. Christliche Kirchengemeinden werden auf dem Rechtsweg aus deren Räumen herausgeklagt, weil die muslimischen Nachbarn sie als Zumutung empfinden.

Der Vollständigkeit halber sei noch der ebenfalls auf dem Podium vertretene und in der Einladung als Professor für Bürgerliches Recht angekündigte Matthias Rohe erwähnt. Zu Veranstaltungsbeginn wurde bei seiner Vorstellung erst einmal präzisiert, mit welchem Recht der Herr Professor sich am allerliebsten beschäftigt: dem islamischen! Ein herausragender Kenner der Scharia, der dies in einer 600 Seiten fassenden wissenschaftlichen Publikation zum Thema eindrucksvoll unter Beweis gestellt habe, so die Laudatio. Dass dieses Werk nicht das Papier wert ist, auf dem es gedruckt ist, wurde relativ schnell klar, als Professor Rohe sich mit einem Plädoyer über die Vorzüge der Scharia als deren glühender Verfechter entpuppte. Er war auch beflissen zu betonen, dass der Islam den Gläubigen zur Gesetzestreue anhalte – konnte dann jedoch nicht schlüssig darlegen, warum im Verhältnis zum Anteil an der Bevölkerung überproportional viele Muslime in deutschen Gefängnissen einsitzen. Ach so, Kriminalität hat ja nichts mit der Religion zu tun. Oder ist mit der Gesetzestreue etwa das Gesetz Allahs gemeint und doch nicht jenes des Rechtsstaates, in dem wir leben?

Auch Herr Rohe konnte Ergebnisse einer Studie zitieren, deren Titel er allerdings nicht erwähnte. Die von ihm angeführten Ergebnisse waren das einzig positive Highlight dieser Podiumsdiskussion: Auf die Frage, ob sie/er Angst vor dem muslimischen Nachbarn habe, antworteten lediglich vier Prozent der Befragten mit „Ja“. Auf die Frage „Könnte der Islam negativen Einfluss auf unsere Gesellschaft haben?“ antworteten

hingegen über 75 Prozent der Befragten mit „Ja“.

Es ist doch beruhigend zu erfahren, dass der deutsche Bürger nicht nur die Intelligenz, sondern auch die soziale Kompetenz besitzt, um das Phänomen Islam differenziert zu beurteilen. Von dem Moslem als Menschen droht zunächst keine Gefahr – die Gefahr geht von der Religion und der Ideologie aus, die dahinter steht!

Pünktlich wie angekündigt wurde dann um 21.30 Uhr die auf 30 Minuten begrenzte offene Fragerunde eröffnet, bei der man seitens der Diskussionsleitung geflissentlich die den koptischen Christen gemachte Zusage übersah, nun ihre Erklärung verlesen zu können. Stattdessen wurden flugs die ersten Wortmeldungen aufgerufen. Wiederholte Proteste und die Erinnerung aus dem Publikum daran, dass der Vorsitzende des Rates, Herr Athenagoras Ziliaskopoulos, sich Eingangs sogar auf den Namen Gottes berufen hatte, führten schließlich um 21.50 Uhr bei den Gastgebern zu der Einsicht, den Kopten diese Zusage nun doch noch gewähren zu müssen. Ein Sprecher der Gruppe verzichtete aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und vermutlich auch aus gutem Gespür für die Situation darauf, die vorbereitete Erklärung jetzt noch zu verlesen und gab stattdessen in exzellentem Deutsch und freier Rede ein kurzes Statement zu der Situation der verfolgten Christen in Ägypten sowie den islamischen Ländern ab.

In jedem Fall erwähnt werden muss auch das mutige Auftreten einer Vertreterin der „Frankfurter Initiative progressiver Frauen“, im Rahmen der offenen Diskussion. Sie machte in ihrem Beitrag auf selbstsichere und souveräne Weise darauf aufmerksam, dass die Freiheit der Religionsausübung die durch den Rechtsstaat gesetzten Grenzen nicht überschreiten dürfe. Ebenso wenig könne die Religionsfreiheit als Deckmantel für der Demokratie zuwiderlaufende Zielsetzungen dienen. Dafür gab es kräftigen Beifall aus den Zuhörerreihen.

Diese und die anderen, dem Veranstaltungsablauf und –inhalt in

der Mehrzahl kritisch gegenüber stehenden Wortmeldungen aus dem Publikum machten ebenso Mut wie die Tatsache, dass die koptischen Christen nach Beendigung der Veranstaltung noch Gelegenheit hatten, den Teilnehmern der Podiumsdiskussion sowie der anwesenden Presse ihre Erklärung und weiterführende Informationen zu überreichen. Auch die Besucher der Veranstaltung wurden mit dem Abdruck eines Interviews von „Kirche in Not“ mit dem koptischen Bischof in Deutschland bedacht, in dem dieser Klartext zur Lage der verfolgten Christen in Ägypten und anderen islamischen Ländern spricht.

Kein Wunder also, dass man beim Verlassen des Hauses am Dom einen Vertreter des Rates der Religionen stöhnen hörte: „Das wird immer schlimmer ...“ Wahrscheinlich das einzige Statement von Seiten des Veranstalters an diesem Abend, dem vollumfänglich zugestimmt werden kann!

» Einziger Zeitungsbericht zu der koptischen „Störung“ der Veranstaltung: [Protest im Rat der Religionen](#)

Kolat: Migranten wollen Nestwärme fühlen



Kenan Kolat, Chef der Türkischen Gemeinde in Deutschland,

findet, dass die Migranten so viel zur Integration geleistet hätten, dass jetzt mal die Deutschen dran sind. Die Kanzlerin solle sich gefälligst persönlich einbringen und ein Willkommensfest für Zuwanderer organisieren.

Angesichts zunehmender Fälle von Migrantengewalt auf unseren Straßen, tun wir nichts lieber, als die moslemischen Zuwanderer und ihre Kinder bei uns herzlich willkommen zu heißen. Herr Kauder hatte dies ja bereits auch [von uns gefordert](#).

Der [Newsticker schreibt](#):

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, fordert von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) verstärkte Anstrengungen in der Integrationspolitik. Vor allem jungen Migranten müsse mehr als bisher ein «Zugehörigkeitsgefühl» vermittelt werden, sagte Kolat am Sonntag der Nachrichtenagentur ddp. Auch der Islamrats-Vorsitzende Ali Kizilkaya hält ein größeres Engagement von Merkel für notwendig.

Kolat bot der Kanzlerin an, gemeinsam eine große Veranstaltung für Migranten zu organisieren. Dies habe er bereits vor zwei Jahren nach dem umjubelten Auftritt des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan in Köln vorgeschlagen. Bislang sei daraus aber leider nichts geworden.

Kolat mahnte: «Die Menschen wollen Nestwärme – und sich aufgenommen fühlen.» Erdogan sei «als Kümmerner» gekommen und habe den türkischen Migranten gesagt, dass er für sie da sei. Der Vorwurf, dies sei eine Einmischung in deutsche Angelegenheiten gewesen, treffe nicht zu. Vielmehr habe der Erfolg der Kölner Kundgebung vom 10. Februar 2008 die «Schwäche der Integrationspolitik in Deutschland» gezeigt.

Ganz wichtig ist für Kolat, dass gegen „Islamophobie“

vorgegangen wird und dass Islamkritiker aus der Islamkonferenz verschwinden:

«Ich hätte mir gewünscht, dass die Bundeskanzlerin damals so eine Veranstaltung gemacht hätte.» Auch aktuell gebe es weiter Handlungsbedarf. So müsse etwas gegen die «zunehmende Islamophobie» in Deutschland unternommen werden. Hierbei seien auch die Kirchen und Gewerkschaften gefordert.

Kolat berichtete: «Wenn ich die Kommentare in Internet-Foren zu Äußerungen von mir oder anderen Migranten lesen, dann wird darin manchmal eine Wut deutlich, die mir Angst macht.» Es müsse «alles für ein friedliches Zusammenleben getan werden».
(...)

Kizilkaya mahnte zugleich mit Blick auf die Mitglieder der Islamkonferenz: «Personen, die die Zukunft der Muslime in Deutschland mitgestalten, sollten ein Mindestmaß an Legitimation durch die muslimische Bevölkerung vorweisen können.» Dagegen werde der Erfolg der Beratungen gefährdet, wenn der Staat einseitig einige unabhängige Leute einfach zu den Vertretern sogenannter nicht-organisierter Muslime ernenne. Schließlich müssten die Vertretenen auf die Ergebnisse der Islamkonferenz auch Einfluss nehmen und sich mit diesen «identifizieren» können.

Na, dann fasst er sich am besten an die eigene Nase und entfernt sich aus der Islamkonferenz. Denn mal ehrlich: Wieviel Prozent der Moslems vertritt Kolat?

(Spürnase: AlterQuerulant)

Sadi Arslan in der Hürriyet



Der Vorsitzende des türkischen Moscheebauvereins DITIB, Sadi Arslan, gibt in einem Interview mit der türkischen Zeitung Hürriyet erstmals Einblick in die Struktur und Ziele seiner Organisation. PI stellt die deutsche Übersetzung des Gesprächs zu Verfügung – schließlich sind die Einheimischen nicht unwesentlich von den Zukunftsplänen der Türken betroffen.

Der DITIB Dachverband vereint bundesweit über 896 Ortsgemeinden. Das Vereinsziel ist es, Musliminnen und Muslime einen Ort zur Ausübung ihres Glaubens zu geben und einen Beitrag zur Integration zu leisten. Darüber hinaus engagiert man sich intensiv im sozialen Bereich. Mit der DITIB-Zentralmoschee in Köln ist eine heftige Kontroverse über das Neubauprojekt geführt worden. Mit der im Bau befindlichen Moschee in Köln-Ehrenfeld, die der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) als Zentralmoschee dienen soll, rückte der Verband immer mehr ins Focus der Öffentlichkeit.

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion ist ein seit 5. Juli 1984 beim Amtsgericht Köln eingetragener Verein. Sie untersteht der dauerhaften Leitung, Kontrolle und Aufsicht des staatlichen Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten der Türkei. Die DITIB arbeitet als bundesweiter Dachverband für die Koordinierung der religiösen, sozialen und kulturellen Tätigkeiten der angeschlossenen türkisch-islamischen Moscheegemeinden. Der Sitz des Verbandes ist in Köln-Ehrenfeld und soll nach Fertigstellung der Zentralmoschee ihre Arbeit in den angeschlossenen sozialen Räumen fortführen. Die DITIB ist nach eigenen Angaben heute die mitgliederstärkste Migrantorganisation in Deutschland und ist seit April 2007 Gründungsmitglied des Koordinierungsrats der Muslime;. Mit der

KRM will die DITIB an der Schaffung rechtlicher und organisatorischer Voraussetzungen für die Anerkennung des Islams in Deutschland im Rahmen von Staatsverträgen hinwirken.

Seit April 2007 ist Sadi Arslan, Botschaftsrat in der türkischen Botschaft, Vorsitzender der DITIB in Deutschland. Mit ihm führt Halit Çelikbudak, Medienkoordinator der europäischen Ausgabe der Tageszeitung HÜRRIYET das Interview. Seit Freitag wird das Interview in einer Serie von 4 Ausgaben veröffentlicht und soll auf die interessantesten Fragen eingehen, die um diesen Verband kursieren.

H.Ç.: Würden sie uns die DITIB erklären?

S.A.: Ein Verein, das zum Vorteil der Allgemeinheit nach deutscher Rechtsprechung gegründet wurde. Wir hatten 73 Gründungsvorsitzende im Gremium. Aber wir haben das Mitgliederaufkommen der Bürger erneut auf den Prüfstand gebracht und in der letzten Sitzung beschlossen 75 Vorsitzende aufzustellen. Mitgliedschaftsanträge werden von Vorsitzenden der Mitgliedsvereine bewertet. Werden diese akzeptiert, landen die Anträge beim Gremium und man wird als Mitgliedsverein zugelassen.

Wie entstand das DITIB-Gründergremium?

Als 1984 die DITIB gegründet wurde, stellte sie auch ein Gründergremium zusammen die aus 7 Personen stammt. Ausserdem wurde nach deutscher Rechtsprechung ein Gründungsausschuß aufgestellt. In diesem Ausschuß waren Attachemitarbeiter in Religionsfragen die heute in der Türkei leben, darunter der ehemalige Vorsitzende Tayyar Altıkuş vom Amt für Religiöse Angelegenheiten in der Türkei. Heute noch Ehrenvorsitzender im Ausschuß. Mit dem Zuwachs an Mitgliedsvereinen haben wir auch die Belegung des Gremiums aufgestockt. Auf Anträge haben wir reagiert und Ayten Küçükarslan sowie den Nagold Vereinsvorsitzenden Kenan Genç ins Gremium aufgenommen.

Sie sind gleichzeitig Beamter für Religionsfragen. Also von Ankara geschickt. Dieser Umstand wirft doch Fragen wie „wird die DITIB aus der Türkei koordiniert?“ auf, oder nicht?

Weil ich aus der Türkei komme gibt es sicherlich Ansichten, die meinen der Verband wird aus der Türkei gelenkt. Aber das stimmt nicht. Das Gründungsgremium setzt sich aus 7 Personen zusammen. Die Entscheidungen werden alleine hier getroffen. Wir sind ein von der Türkei unabhängiger Verein.

Aber warum werden nur Attachemitarbeiter Vorsitzende der DITIB?

Das ist ein religiöser Verband. Der Attachemitarbeiter ist ein Experte in Religionsfragen. Deshalb denkt man ist er der geeignetste Kandidat. Aber wenn jemand geeigneter ist, kann er auch gewählt werden. Was auch immer wir in sozialer oder gesellschaftlicher Hinsicht tun, wir sind dennoch eine religiöse Vereinigung und deshalb werden Vorsitzende berufen, die sich in religiösen Fragen gut auskennen. In Zukunft könnte man sich aber vorstellen, das andere diesen Posten besetzen.

Auf der einen Seite sind sie der Vorsitzende der DITIB und unabhängig, auf der anderen Seite ein Beamter aus Ankara dem staatsbürgerliche Angelegenheiten anvertraut wurden. Ist das kein Widerspruch in sich?

Eigentlich muss man den Aufbau der DITIB gut verstehen. Wie das Amt für Religiöse Angelegenheiten in der Türkei unabhängig ist, so ist die DITIB die hier allen Organisationen die Hand reicht zu verstehen. Das steht in der Vereinssatzung. Sie ist nicht einer bestimmten Kategorie oder Ideologie zuzuschreiben, sondern bietet den gesamten Bürgern seine Dienste an. Folgerichtig öffnen wir uns allen. In der letzten Zeit kommen wir alle zusammen und machen gemeinsame Projekte. Zum Beispiel wurde die Geburtswoche unseres Propheten mit allen Religionen gemeinsam in der Köln-Arena gefeiert. Die DITIB bezieht keine Position. Die DITIB nimmt alle Gesellschaftsteile auf. Alle

die „Ich bin Staatsbürger“ sagen, sind in der DITIB willkommen.

Gut, wenn ausserhalb der DITIB eine Gemeinschaft eine Moschee eröffnet und Dienste anbietet, Dienste von der DITIB in Anspruch nehmen will, nehmen sie das an?

Natürlich, wir würden hingegen und sie besuchen. Wenn sie möchten einen Religionsmitarbeiter stellen. Seiner Zeit haben wir anderen Vereinen auch Religionsbeauftragte zur Verfügung gestellt. Moscheen die nicht in unserem Verband aufgeführt sind, erhielten unsere Unterstützung. Wenn man jetzt anfordert, stellen wir einen zu. Es ist aber auch eine Frage der Mittel. Auch ich besuche Moscheen die nicht in unserem Verband Mitglied sind. Aber die DITIB hat sehr viele Moscheen. Zu aller erst habe ich ihnen versprochen, sie zu besuchen. Wenn ich Zeit finde, besuche ich auch die anderen. Zum Beispiel habe ich in Hagen die Schiiten-Gemeinschaft besucht. Zuvor hatte sie keiner besucht. Von uns wird die Religionszugehörigkeit nicht gefragt. Wenn er sagt „Ich bin Muslime“ dann ist er einer von uns. Und, es ist nicht nur auf Muslime begrenzt. In letzter Zeit zeigen wir auch unsere Nähe zu anderen Religionen, in einem Dialog zwischen den Religionen.

Wird die DITIB von Ankara darin beeinflusst?

Wir haben diese Entscheidungen selbst getroffen. Sehr oft weiß Ankara davon nicht. Zum Beispiel geben wir Ausschreibungen für den Bau von Moscheen aus, davon hat Ankara nichts mitbekommen. Von den Moscheen erfahren sie erst dann, wenn es bereits gebaut wurde. Von einer Vorabinformation kann keine Rede sein. Aus der Türkei kommen nur Religionsbeauftragte. Nur das. Das Einkommen der Religionsbeauftragten wird von Ankara gesichert. Sie erhalten das Einkommen direkt. Wir bleiben da aussen vor. Der Aufbau der Türkei in dieser Frage muss verstanden werden. Die Türkei ist ein Beispiel wenn es um Laizismus und Demokratie geht und auf der anderen Seite seinen Bürgern

Dienste in Religionsfragen anbietet. Und wenn sie das macht, ist sie von der Politik nicht zu beeinflussen. Sie hat den Auftrag, die Bürger in Religionsfragen zu informieren. Das macht sie mit den Religionsbeauftragten. Die Imame in Ankara geben vor was vorgetragen wird. 60 Regierungszeiten sind vergangen und keines hat sich in die Religionsfragen eingemischt. Wenn wir das Gebilde besser verstehen, dann verstehen wir auch die Religionsbeauftragten besser. Sie unterbreiten uns ihre Dienste und informieren die Gesellschaft.

Ist die Ausbildung von Religionsbeauftragten in Deutschland möglich?

Wenn Deutschland uns in diesen Fragen behilflich wäre, würden wir keine von Ankara anfordern. Es werden im Moment Projekte erarbeitet, die die Ausbildung von Religionsbeauftragten beinhalten. Auch wir beteiligen uns daran. In Frankfurt am Main betreiben wir eine Theologische Fakultät. 114 aus Deutschland stammende Türken sind in Ankara und Istanbul und studieren. Alle hier geboren und mit einem Schulabschluß. Wenn sie zurück kommen wird ein Teil als Lehrer und ein Teil als Religionsbeauftragter tätig werden.

Welche Einnahmequellen hat die DITIB?

Das meiste davon Spenden. Unsere Staatsbürger sowie Moscheebesucher Spenden. Die Religionsbeauftragten aus der Türkei erhalten ihr Einkommen aus von Ankara. Darüber hinaus erhalten wir keine finanzielle Unterstützung aus der Türkei. Der Staat hat auch keine Möglichkeit Gelder zu zahlen. Nicht nur im Ausland, auch im Inland zahlt der Staat nur die Gehälter der Bediensteten des Amtes für Religiöse Angelegenheiten. Weitere Hilfen leistet sie auch dort nicht, kein Budget für Moschee und andere Dienste in dieser Richtung.

Welches Budget hat die DITIB-Zentrale?

Das jährliche Spendenaufkommen liegt in etwa um 5 Millionen EUR im Jahr. Wegen den Moscheebauten erhalten wir dieses Jahr etwas mehr Spenden. Ausserdem beziehen wir Zinsen aus Vermietung von Wohnungen die an Moscheen angeschlossen sind. Aus diesen Einnahmen wird das Personal bezahlt. Der DITIB zugehörnde soziale Dienst, die ZSU GmbH betreibt einen Bestattungsunternehmen, Bücher und Geschenkartikel, Reisen- sowie Versicherungsbüros.

Was wird der Neubau der Moschee Kosten?

Die Moschee wird uns 25 Millionen EUR Kosten. 3,3 Millionen sind bisher zusammen gekommen. Der Rest soll über Spenden von Bürgern abgedeckt oder von Vereinen eingenommen werden. Im schlimmsten Fall werden wir einen Kredit aufnehmen. Während den religiösen Feiertagen habe ich das der Gemeinschaft erneut dargelegt. Wenn es in stocken gerät wäre das schlimm. Wir haben uns aber zum Ziel gesetzt innerhalb von 2 Jahren die Moschee zu errichten. Wir müssen das Geld bis dahin auftreiben, daran führt kein Weg vorbei. Eine große Kampagne wurde gestartet, die Bürger nehmen die Kampagne ernst und Spenden. Vor dem Feiertag ist ein Bürger gekommen und hat uns 5 000 EUR gespendet, ein anderer 1 000 EUR. Je weiter der Bau fortschreitet desto mehr Interesse weckt es, so Denke ich jedenfalls. Die Spenden werden ausgewiesen. Die Ausgaben werden im Gremium entschieden. Die Entscheidung dem Kassenwart mitgeteilt. Das deutsche Finanzamt überprüft uns sehr oft. Bis heute wurde aber glücklicherweise nichts beanstandet.

Frauen in der Führungsebene sind rar, weswegen. Nur Ayten çarsalan war in der letzten Periode im Gremium vertreten, aber heute ist auch sie nicht mehr da. Warum ist es für die DITIB nicht wichtig, Frauen einzubinden?

Ich halte das in dieser Beziehungen für ausserordentlich wichtig. In den Vereinen haben wir das öfters angesprochen. Zur Zeit sind in den Mitgliedsvereinen auch viele Frauen in der Führungsebene vertreten. Früher waren die Vereine direkt

an uns gebunden. Jetzt aber haben wir Länderebenen geschaffen, in denen die DITIB ausgelagert wurde. In diesen Länderebenen sind auch Vertreter tätig, die in das Gremium gewählt werden können, das haben wir erreicht. Ich bin betrübt, dass aber in diesen Länderebenen keine Frauen sind. Dagegen werden wir weiterhin arbeiten. In der nächsten Zeit wollen wir wieder Frauen im Gremium haben, das ist ein Ziel. Wie gesagt, in Vereinen sind Frauen auch in Führungspositionen und wir drängen die Vereine auch dahingehend.

Wird es in absehbarer Zeit deutschsprachige Predigten geben?

Damit haben wir bereits angefangen. In Freitagsgebeten erklären auf der Kanzel die Religionsbeauftragten nach der Predigt in türkisch in Kurzform auch in deutscher Sprache. Das wird inzwischen in 50 Moscheen so gehandhabt. In Moscheen in denen das Aufkommen an Besuchern hoch ist, da wird der Schwerpunkt gelegt. Da wo die Moscheebesucher nur aus Türken bestehen, da sehen wir noch keinen schnellen Handlungsbedarf. Aber, nur in Deutsch wird die Predigt auch nicht abgehalten werden. Zweisprachig, in Deutsch und Türkisch wird man predigen. Die Jugendlichen sollen nicht entfremdet werden, deshalb wollen wir Türkisch weiterhin predigen. Auch wenn sie hier geboren sind und nur gebrochen Türkisch können, wir wollen weiterhin ihre Muttersprache vortragen und ihre Sprachkenntnisse dadurch erweitern. Deshalb wird es keine reine Deutsche predigt geben.

Ist die DITIB bereit Religionsunterricht zu erteilen?

Der Religionsunterricht ist ein Grundrecht. Die deutsche Verfassung gibt uns das Recht. Die Verfassung gibt der Gemeinschaft das Recht, Religionsunterricht zu geben. Die DITIB hat aber noch keinen Gemeinschaftsstatus im Sinne der deutschen Gesetzgebung erhalten. Wir wollen dieses Hindernis nehmen. Wir hatten keine Vertretung in der Länderebene. Die haben wir gegründet. Letzt endlich sind es die einzelnen Länder die separat entscheiden und nicht der Staat. Zuerst

müssen unsere Ländervertretungen in den Ländern eingetragen werden. Das geschieht unter dem Namen „DITIB-Landesverband“. Das werden unsere Ländervertretungen. Die nehmen dann die Koordinationsgespräche mit den Ländern in Fragen des Religionsunterricht auf. Sie bestehen aus Experten die sich in den Ländergesetzen auskennen und erarbeiten die nötigen Schritte. Aber zur Zeit gibt es kein Bundesland, das uns anerkannt hat. Ich Glaube aber, das in nächster Zeit Fortschritte erzielt werden.

Bestehen Sie weiterhin darauf, dass der Religionsunterricht in Türkisch abgehalten wird?

Wir bestehen nicht mehr darauf, Religionsunterricht nur auf Türkisch zu unterrichten. Wir haben Zeit verloren. 20 Jahre haben wir nur darüber diskutiert. Religionsunterricht und Türkisch-Unterricht dürfen wir aber nicht verwechseln. Unsere Kinder müssen natürlich in Türkisch unterrichtet werden. Aber das muss separat betrachtet werden, wenn es um Religionsunterricht geht. Wer Religionsunterricht erteilt, das müssen die Religionsgemeinschaften entscheiden. Wie bereits gesagt, sind wir dabei Lehrer auszubilden.

In dieser Hinsicht haben wir drei Projekte angestrengt:

- 1) Um eine Religionsgemeinschaft zu werden, Länderverbände gegründet.
- 2) Ein Lehrplan erarbeiten. Aus der Türkei und Deutschland haben unabhängige Experten ein Lehrplan erarbeitet.
- 3) Aus verschiedensten Gründen sind etwa 300 Absolventen aus der Theologie in Deutschland ansässig die aus der Türkei kommen. Aus ihnen kann man Lehrer herausbilden. In Frankfurt lernen unter der Schirmherrschaft des Goethe-Instituts Studenten. In der Türkei werden im Rahmen von Projekten Lehrer ausgebildet und von uns Studenten dorthin geschickt. In wenigen Jahren haben wir eine Grundlage geschaffen die flächendeckenden Unterricht ermöglicht.

Wann könnte angefangen werden, Religionsunterricht zu geben?

Das hängt von der Ehrlichkeit unseres Ansprechpartnes ab. Es gibt jetzt keine anderen Ausreden mehr. Es gibt nur noch die Option uns den Status zu erteilen. Wenn das geschieht könnten wir 2010 anfangen. Den religiösen Status erteilt die Regierung. Von ihr erwarten wir auch Unterstützung.

Wie arbeitet der Bestattungsfond und wer koordiniert das?

Der Bestattungsfond hat ein eigenes Gremium. Dieser Fond ist eine Organisation unter unserem Dachverband, also keine aussenstehende Organisation. Alle Gremiumsmitglieder dieses Fonds sind auch gleichzeitig im DITIB-Gremium vertreten. Alle Gremiumsmitglieder des Dachverbandes zu versammeln ist nicht möglich. Deshalb werden alle drei Jahre die obersten Gremien versammelt, wie sonst könnten wir Tausende Mitglieder versammeln? Das erwirtschaftete Geld des Bestattungsfonds wird vom DITIB-Dachverband kontrolliert. Ich bin gleichzeitig im Kontrollrat der DITIB. Deshalb bin ich auch darüber informiert, welche Entscheidungen getroffen werden. Wenn wichtige Entscheidungen getroffen werden sollen, werden wir zur Beratung hinzugezogen. Die Einnahmen werden deponiert und verzinst. Wir sind gewappnet wenn, Gott bewahre, eine Epidemie grasieren würde. Die Mitglieder die Mitgliedsbeiträge zahlen, wären zumindest so abgesichert und müssen sich um die Bestattung nicht kümmern.

Was nimmt die DITIB für die Pilgerfahrt ein? Welche Gewinne erwirtschaftet sie?

Dieses Jahr haben wir etwa 1 000 Personen begleitet. Die Kosten sind unterschiedlich. Es gibt Personen die normal befördert und betreut werden wollen, andere mit Komfort. Diejenigen die normal pilgern wollen, zahlen 2 750 EUR. Wenn jemand meint, er will nicht mit allen in einem Zimmer übernachten oder mit der Ehefrau alleine, alles ist möglich. Das sind aber Extras. Die Pilgerfahrt wird mit dem Amt in der Türkei koordiniert und gemeinsam vollzogen. Jedes Jahr werden die Preise neu festgelegt. Dieses Jahr zahlte man für den Flug

840 EUR. Manchmal bleibt was übrig und wird als Gewinn verzeichnet, manchmal bleibt aber nichts übrig. Dieses Jahr konnten wir einen Gewinn verzeichnen, letztes Jahr haben wir aber z.B. Verlust gemacht. Eigentlich hebt sich das auf. Es geht im Grunde um den Dienst am Mann oder Frau, nicht so sehr um den Gewinn. Das Amt für Religiöse Angelegenheiten ist hier eigentlich der Koordinator, wir vermitteln und begleiten nur.

Wie werden die Freitagspredigten organisiert? Macht das jeder Hoca selbst?

In jedem Gebiet, in jedem Bundesland gibt es eine Kommission für Predigten. Die Beauftragten für Religion geben jeweils für einen Monat im voraus die Vorgaben für die Inhalte der Predigten. Etwa das in der ersten Woche das Thema AIDS angesprochen wird. In dieser Woche werden dann die Moscheebesucher über AIDS informiert. Oder andere aktuelle oder Länderspezifische Themen. Die ausgearbeiteten Predigten in den Kommissionen werden dann den Hocas übermittelt.

Hat man in Deutschland wegen Moscheebauten oder wegen Minaretten Probleme?

In Deutschland haben wir wegen Moscheeneubauten oder in Fragen der Minarette keine großen Probleme. Und aufkommende Probleme werden gelöst. Zum Beispiel bieten manche Bürgermeister Grundstücke an auf denen Moscheen errichtet werden können. Sie sind behilflich, auch in Fragen des Minarettes. Eine Minarette sehen wir aber nicht zwingend notwendig. Aber sie ist ein wichtiger Bestandteil der Moschee. Es ist ein Symbol. Wo eine Minarette fehlt, da wird sie nicht als Moschee wahrgenommen. In der Schweiz war die Frage an das Volk, ob eine Minarette gebaut werden darf oder nicht, nicht richtig. Das Volk kann das nicht richtig und nüchtern beurteilen. Wenn man so was wie „unsere Kultur gleitet uns aus den Händen ab“ fragt, dann wird man Denken, die Muslime nehmen das Land ein.

Ist der Ezan auf dem Minarett Pflicht?

Wir drängen in diesem Punkt nicht darauf. Es ist keine Pflicht. Aber es ist nun mal ein Bestandteil wie wir sie kennen. Wir haben aber kein Anliegen in dieser Richtung. In Zukunft wäre es möglich, wenn man sich gegenseitig kennen gelernt hat, die Vorurteile abgebaut sind und ein Ezan als normal angesehen wird. Manche Gemeinden erlauben das, ja sogar Deutsche Nachbarn haben sich daran gewöhnt. Als ein Hoca seinen Urlaub nahm, kam eine deutsche Frau in die Moschee und fragte was los sei.

In der Türkei wird mit dem Aleviten die Demokratisierung angestrebt. Wie positioniert sich die DITIB?

Die Aleviten dürfen wir nicht in eine Kategorie fassen. Es gibt unterschiedliche Ansichten und Gruppen. Alevitische Freunde, egal wie sie heißen mögen, die sich zur Religion bekennen aber andere Vorstellungen darüber haben, sind bei uns willkommen und haben einen Platz bei uns. Ihnen werden wir helfen. Seit drei Jahren bringen wir alevitische Dedes hier her. Es gibt welche die sagen sie wären ausserhalb des Islams. Was sollen wir sagen? Es gibt da nichts zu tun. „Wir sind Muslime aber Denken anders“ sagen sie. Kann sein. Ich besuche auch ihre Feiertage und Konferenzen und wir werden das weiterhin tun.

Wie steht es mit den Beziehungen zu IGMG, VIKZ und ATIB ähnlichen Gemeinschaften?

Sie sind keine verschiedenen Ausrichtungen des Islams und sind wie wir. Wie sie Wissen ist das Amt für Religionen erst spät in Deutschland aktiv geworden. Die Staatsbürger waren aber bereits seit 1960 hier. Die DITIB hat aber erst in den 80ern seine Dienste angeboten und damals noch sehr dürftig. Religion erlaubt keine Leere. 20 Jahre gab es ein Vakuum, in Fragen der Bedürfnisse der Menschen, Freitagsgebet, Gebet, Feiertage, Bestattungen, Hochzeit etc.. Und in dieser Phase entstanden diese Gemeinschaften. Aber sie haben nicht mehr die alten Gepflogenheiten. Wir nehmen sie alle an und umarmen auch sie.

Fehler wurden begangen, Fehler können begangen werden. Es können auch über das Maß hinaus Worte gefallen sein. Aber wir haben jetzt keine Probleme. Von Zeit zu Zeit trifft man sich. In Punkten wo wir übereinstimmen arbeiten wir gemeinsam. Wir sind für alle offen. So lange Gemeinschaften keine entscheidenden Fehler begehen, sind wir auch für sie erreichbar. Was unterscheidet uns zwischen ihnen, wenn sie genau so beten, feiern oder pilgern? Wir hätten es gerne, wenn wir alle unter einem Dach verweilen. Wenn sie aber nicht wollen, kann ich sie nicht wie Aussenstehende behandeln.

Und Morgen wird die HÜRRIYET Sadi Arslan über den Euro-Islam befragen.